



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/155 - 11. Juli 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21894-88  
Fernschreiber 0886890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Jetzt ein Atom-Blitzgesetz?	S. 1
China in Europa	S. 3
Um das Los der politischen Gefangenen	S. 6
Die Mahnung des Städtetages	S. 7
Zum Wahlschlager gemacht: Aus Höfne wurde Hoff (Lübecker Freie Presse)	S. 8

## CDU soll zu ihrem Wort stehen

sp. Viele Bundesbürger dürften am Donnerstagmorgen überrascht und unwillig gewesen sein, als sie in ihrer Zeitung lesen konnten, das Bundeskabinett wolle in letzter Minute vor Abschluss der Legislaturperiode des jetzigen Bundestages doch noch ein eigenes Atom-Blitzgesetz durchpeitschen. Das Ministerium für Atomfragen wurde beauftragt, ein sogenanntes Überleitungsgesetz zur Regelung der wichtigsten Probleme auf dem Gebiete der Kernenergieerzeugung und -nutzung auszuarbeiten und dafür Sorge zu tragen, dass dieses Gesetz am 29. August vom Bundestag in drei Lesungen "durchgezogen" werden kann. Was in diesem Gesetz stehen soll, ist noch unklar. Klar ist dagegen, dass kein Parlament der Welt in der Lage sein dürfte, ein so wichtiges und für das Schicksal unseres Volkes wahrscheinlich entscheidendes Gesetz an einem einzigen Tage durchzuberaten. Das frevelhafte Spiel, das Bundeskanzler Dr. Adenauer vor kurzem mit dem Atomgesetz gespielt hat, indem er sich die Möglichkeit auch zur militärischen Ausnutzung der Atomenergie sichern wollte, soll nun wahrscheinlich im Blitzverfahren fortgesetzt werden.

Nun wird von offizieller und offiziöser Seite in Bonn behauptet, man wolle von einer Grundgesetzänderung absehen, in dem Überleitungsgesetz keine Grundgesetzfragen ansprechen, sondern nur für Probleme des Strahlenschutzes, der Vorschriften über die Genehmigung der Errichtung von Atom-Reaktoren und Haftungsbestimmungen gewisse Festlegungen treffen. Die Geltung des Gesetzes solle zeitlich beschränkt sein und das "richtige Atomgesetz" solle erst im nächsten Bundestag zur Beratung gestellt werden.

Was ist das für eine merkwürdige Methode? Mit Recht hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion bereits erklärt, die Grundgesetzergänzung mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die ausschliesslich friedliche Nutzung der Kernenergie sei für sie die Voraussetzung für die Billigung des jetzt angekündigten Planes. Wenn die Bundesregierung

sich wiederum dieser Forderung widersetze, verstärke sich der Eindruck, dass sie doch den Weg für die Produktion von Atomwaffen offenhalten wolle.

Wenn die Bundesregierung jetzt schon ankündigt, dass der nächste Bundestag erst das "richtige Atomgesetz" verabschieden solle, warum ist sie dann bestrebt, im jetzigen Parlament ein Stückwerk anzubringen? Irgendwelche sachlichen und zeitbedingten Gründe hierfür sind nicht ersichtlich.

Die grosse Chance, durch ein vernünftiges und alle Besorgnisse über die zukünftige deutsche Atom-Politik ausräumendes Gesetz auf breiter Grundlage zu verabschieden, hat der Kanzler selbst zerlegt. Wie berechtigt das Misstrauen aller Kreise unseres Volkes ist, die mit Unwillen die parlamentarischen Schwachzüge des Bundeskanzlers beobachten, bestätigte in diesen Tagen noch einmal die amerikanische Zeitschrift "Life", die in einer dreiseitigen Reportage über die Aufrüstung in der Bundesrepublik den Bundesverteidigungsminister Strauss erklären lässt, er trete für eine Ausrüstung der neuen deutschen Luftwaffe mit taktischen Atomwaffen ein. Gewiss, Strauss redet sich darauf hinaus, dass diese taktischen Atomwaffen der neuen deutschen Luftwaffe auch aus dem Ausland geliefert werden könnten. Aber wenn in der Bundesrepublik erst einmal die Fabrikation eigener Atomwaffen und der dazugehörigen Munition ermöglicht wird, sind der militärischen Nutzung der Atomenergie auch in der Bundesrepublik Tür und Tor geöffnet. Damit wird Deutschland selbst zur Zielscheibe atomarer Gegenangriffe in einem Ernstfall. Im Gegensatz zu den Interessen des deutschen Volkes, die gebieterisch eine Politik der Entspannung erfordern, wird damit die Politik der erhöhten Spannungen in Europa forciert.

Man weiss, dass auch in der CDU/CSU die Meinungen über das Verhalten Adenauers beim Atomgesetz durchaus geteilt sind. Kein Geringerer als der stets sachliche und politisch ausgeglichene Vorsitzende des Finanzausschusses des Bundestages, der CSU-Abgeordnete Dr. Wollhausen hat dies erst vor einigen Tagen dem Bundeskanzler deutlich zu verstehen gegeben. Er teilte Dr. Adenauer in einem Schreiben mit, dass er auf eine Kandidatur zur Bundestagswahl nicht nur wegen seiner sachlichen Meinungsverschiedenheiten mit dem Bundesfinanzminister Dr. Schäffer verzichte, sondern auch, weil er hinsichtlich der "Angelegenheit Atomgesetz der Auffassung des Herrn Ministers Balke" sei. Wie sehr Minister Balke in dieser Frage im Gegensatz zu Adenauer steht, ist hinreichend bekannt.

Wie die Situation jetzt ist, bleibt als beste Lösung immer noch die Verabschiedung der für die Plenarberatung fertigen Gesetze über die Grundgesetzänderung und das Atomgesetz. Die Ausschussvorlagen tragen immer noch die Unterschriften aller Fraktionen des Parlamentes. Wenn die CDU zu ihrem Wort steht, könnten diese Vorlagen ohne Schwierigkeiten in der letzten Sitzung des Bundestages verabschiedet werden.

## Chinas Einbruch in die europäische Politik

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Während der amerikanische Außenminister Dulles am 28. Juni der Welt in Washington verkündete, die kommunistische Herrschaft in China sei nur eine "vorübergehende Phase", und es wäre daher eine "Dummheit, wenn die USA das kommunistische Regime durch eine diplomatische Anerkennung stärken" würde, erfuhr die gleiche Welt wenige Tage später von der entscheidenden Rolle, die der chinesische Staatschef Mao Tse-tung in der Kreml-Auseinandersetzung gespielt hat. Gleichzeitig wird als Ergebnis der Fühlungnahme Polens mit China der bevorstehende Besuch Maos in Warschau angekündigt!

Über die geschichtliche Bedeutung dieser Reise, mit der China seinen Eintritt in die europäische Politik anmeldet, schreibt die "Züricher Tat": "China wird eine geistige und politische Macht in Europa. Gewiss, es handelt sich dabei "bloß" um Osteuropa. Aber es ist ein entscheidender Vorgang und ein vollkommen neuartiger dazu. Man muss sich vergegenwärtigen, dass Maos Rede vom 27. Februar, die erst heute veröffentlicht wird, nur wenige Wochen nach Tschous Erkundungstour nach Europa gehalten wurde und offensichtlich den Niederschlag dessen enthält, was der rote Mandarin zu Hause berichtete. Nun wird sich Mao Tse-tung höchstpersönlich nach Europa bemühen und nach Warschau kommen. Dieser Besuch wird eine historische Entwicklung besiegeln, die für China und Europa gleich schicksalhaft ist, weil sie etwas vollkommen Neues darstellt: den Eintritt Chinas in die europäische Politik".

### Wandel der weltgeschichtlichen Szenerie

Die Lage ist völlig verändert. Dieses China tritt bei seinem ersten Auftreten in Europa als der stärkere Partner, mit völlig anderen Absichten und Methoden auf, als dieses Land seinerseits seit Jahrhunderten das Auftreten europäischer Mächte in Ostasien erlebt hatte. Nur Russland hatte als Nachbar Chinas kein koloniales Verhältnis zum Reich der Mitte versucht. Mit Recht macht die "Tat" in der Analyse des Besuches auf den grossen Wandel der weltgeschichtlichen Szenerie aufmerksam. Wobei sie besonders auf den Umstand verweist, dass "dieses gewaltige asiatische Reich zum erstenmal in der neueren Geschichte sich ohne die Vermittlung Russlands direkt an Europäer wendet, in der Gestalt des nicht nur Gleichberechtigten, sondern des Überlegenen".

Das mag nun alles als paradox erscheinen. Der Aufstieg Chinas zur Weltmacht ist das Ergebnis des Sieges einer über die russische Amalgamation des Kommunismus-Leninismus gelaufenen westlichen Revolutionsidee, die auf diesem Wege Eingang in Ostasien fand. Nurmehr begegnete dieses China selbst dem Westen ohne den Umweg über die dialektische Phase jener russischen Amalgamation! Was beide, China und Russland, ideologisch vielleicht miteinander verbindet, ist die Gemeinsamkeit, mit der beide dem Westen die von ihm selbst entwickelte und verursachte dialektische Antithese zum Kapitalismus, unter Aneignung der westlichen Zivilisation und Technik, mit eigenem Selbstbewusstsein entgegengetreten. Was die beiden kommunistischen Mächte indessen voneinander trennt, ist der eigene Weg, den jeder von ihnen in der Abreißung und letzten Auswertung der westlichen Revolutionsidee mit dem Ziele des technischen und machtpoli-

11. Juli 1957

tischen Gleichzuges mit dem Westen gegangen ist.

#### China und das bolschewistische Russland

Zufall oder Schicksal - für China war es entscheidend, dass es dem russischen Kommunismus erst in dessen Spätphase begegnete, da letzterer seinen stalinistischen Höhepunkt überschritten hatte und die Wende zum Sozialismus russischer Prägung endgültig vollzogen war. So entsprach die Lehre Maos von Anfang an der Tendenz zum internationalen Föderalismus, wie sie im übrigen Bereich des kommunistischen Lagers erst nach dem Zweiten Weltkriege, vor allem durch das Beispiel Jugoslawiens und Polens, nach dem Sieg der Idee des Nationalkommunismus über den zentralistisch-universalistischen Stalinismus, zum Durchbruch gelangt war.

Der Sieg der Theorie vom Sozialismus im eigenen Lande bedeutete die Absage an die ideologische und politische Führerstellung Moskaus. Er eröffnete die neue Periode differenzierterer Beziehungen der Staaten zueinander im System des kommunistischen Machtbereiches wie zur übrigen Welt. Inzwischen scheint das China Mao Tse-tungs nicht nur für sich, sondern für alle nationalkommunistischen Bewegungen in der Welt so etwas wie die Rolle des grossen, einflussreichen Beschützers übernommen zu haben. Die Haltung Chinas in der Ungarnfrage mochte diese Haltung zunächst verwischen, dennoch bedeutete sie, wie die Rede Maos vom 27. Febr. zeigt, keine Absage an die Lehre vom eigenen Weg der Völker zum Sozialismus. Die Haltung Chinas im Falle Ungarn war als konkrete Warnung an bestimmte Spekulationen des Westens im Zusammenhang mit Ereignissen in Ungarn aufzufassen. Nicht zuletzt war sie die spontane Reaktion auf das kurz vorher ausgesprochene Nein der USA-Regierung gegenüber den Bemühungen Nehrus bei seinem Besuch in Washington im Herbst 1956 um eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten.

#### Chinas Anteil am Revisionismus

Das nationalkommunistische China hat durch seine Politik der ideologischen und machtpolitischen Isolierung des russischen Führungsanspruches entscheidend mit zu der revisionistischen Wende beigetragen, die sich jetzt im kommunistischen Satellitenbereich anbahnt. Was die alten Kolonialmächte England und Frankreich, und erst recht die Fortsetzerin des westlich-maritimen Herrschaftsanspruches Amerika, nicht fertiggebracht haben, "eine Begegnung zwischen Europa und Asien zu vermitteln, wie es sie seit 1000 Jahren nicht mehr gab und vielleicht überhaupt nie gegeben hat", das ist dem nationalkommunistischen China mit dem bevorstehenden Besuch des chinesischen Staatsführers in Warschau gelungen. Mit Recht stellt die "Tat" fest, dass damit auch Europa im Begriff sei, mit China ein Gespräch auf völlig neuer Basis zu beginnen, in einer weltpolitischen Situation, die sich noch vor wenigen Jahren niemand hätte träumen lassen.

Die neuerliche Erklärung des amerikanischen Aussenministers aber beweist, dass die USA sich in ihrer Haltung gegenüber dem chinesischen Faktum auch heute noch von doktrinären Erwägungen bestimmen lassen. Dulles meinte nämlich, die Zulassung Chinas zu den Vereinten Nationen liege weder im Interesse der USA noch der UN selbst. Auf die Änderung der Haltung Grossbritanniens und der Bundesrepublik in der Frage des Handelsembargos gegen China eingehend sagte er: "Was andere auch tun mögen, die USA, die im chinesischen Gebiet grosse Sicherheitsverpflichtungen

haben, sollten sicherlich nicht die Militärmacht ihres möglichen Gegners aufbauen."

Man vermag sich noch immer nicht von der kolonialen Vorstellung zu trennen, dass man in gewissen Gebieten der Welt sogenannte "Sicherheits-Verpflichtungen" - sprich: Einfluss- und Herrschaftsrechte - habe und solche Völker, die sich gegen antiquierte Kolonialvorstellungen zur Wehr setzten, nur unter dem Gesichtspunkt einer möglichen militärischen Feindschaft zu betrachten seien. Damit liefert man der Welt nur den Beweis, dass man alle diese zu neuem nationalen Selbstbewusstsein drängenden Völker und Gebiete nur unter dem Gesichtspunkte eigener "militärischer Spekulationen" zu betrachten vermag.

#### Gefahren der doktrinären Haltung

Es bleibt die Frage, ob China nicht gerade durch die doktrinäre Haltung der USA auf die Dauer in eine "Erbfeindschaft" zum Westen und insbesondere zu den USA selbst getrieben wird, in einem Augenblick, da nicht nur jede Voraussetzung, sondern auch aller Anlass besteht, das 600millionen Volk in ein konstruktives und vertrauensvolles Verhältnis zum Westen zu bringen.

Es ist eine unverzeihbare Praxis, die diplomatische Anerkennung eines anderen Staates mit der Behauptung zu verweigern, dass durch die innere Gesellschaftsform des seine internationale Anerkennung verlangenden Staates die eigene "Sicherheit" gefährdet sei. Man müsste sonst zu dem Schluss gelangen, dass die Sicherheit der USA ohne weiteres überall dort gefährdet ist, wo gewisse imperiale Interessen durch nationale Unabhängigkeitsbestrebungen bestritten werden, und zwar auch dann, wenn durch solche Bestrebungen die militärische Sicherheit der USA nach aussen unmittelbar nicht verletzt oder bedroht wird.

Die neue Dulles-Doktrin gegenüber China ist der Ausdruck einer Politik der Erstarrung, deren Irrealität durch den Gang der geschichtlichen Entwicklung widerlegt wird und - wie der Besuch Maos in der Warschauer Hochburg der nationalen Irredenta-Bewegung im bisherigen sowjetischen Satellitenbereich zeigt, weltgeschichtlich längst widerlegt ist.

\* \* \*

#### Luxemburg:

Staatsstreich Chruschtschows beschleunigt Übereinkommen  
USA - UdSSR

"Der Staatsstreich Chruschtschows wird eine neue Periode in der Entwicklung der internationalen Situation einleiten. Das zweiseitige Übereinkommen Washington - Moskau wird dadurch beschleunigt werden. Die Tatsache, dass Chruschtschow beföhlen hat, den russischen Kommunismus mit dem chinesischen auf eine Linie zu bringen, ist vielleicht auf internationaler Ebene bedeutsamer als die Ausschaltung der Clique Molotow. Indem Moskau Peking das Privileg nimmt, die einzige Form des Kommunismus darzustellen, die für den Nahen und Fernen Osten akzeptabel ist, schweift Moskau die Allianz der 300 Millionen Russen mit den 600 Millionen Chinesen wieder zusammen, eine Allianz, deren Aufweichen seit einem Jahre eine chinesisch-amerikanische, vielleicht gar eine chinesisch-europäische Politik begünstigte."

\* \* \*

- f -

11. Juli 1957

Ein Brief Gaitskells an Franz Neumann, Berlin

Lieber Genosse Neumann!

Vielen Dank für Ihren Brief, den ich nach meiner Rückkehr in London vorfand. Diesem Brief fügten Sie Listen bei, in denen 1500 Namen von Männern und Frauen angegeben sind, die aufgrund ihres politischen Glaubens und ihrer politischen Ideale in der Sowjetzone Gefängnis- und Zuchthausstrafen erhielten.

Diese Listen lassen wieder einmal die grausame Unterdrückung erkennen, unter der die Bevölkerung der Sowjetzone gegenwärtig zu leben gezwungen ist. Die Listen offenbaren die völlige Verletzung der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten für den Einzelnen; sie stehen in scharfem Gegensatz zu den Propagandabehauptungen der ostdeutschen Behörden.

Wir sind natürlich völlig über die Propagandamethoden unterrichtet, mit denen das kommunistische Regime unvorsichtigen Besucher aus der westlichen Welt zu täuschen versucht. Wir sehen in dieser Tatsache jedoch keinen Grund, den Kontakt und den Gedankenaustausch mit der Bevölkerung der Sowjetsphäre zu vermeiden. Als ein Mittel, die ideologische Schranke, die von den Kommunisten während der Nachkriegsjahre errichtet wurde, zu durchdringen, sind wir im Gegenteil bestrebt, solche Kontakte zu entwickeln. Gleichzeitig sind wir aber auch darauf bedacht, dass diejenigen unserer Genossen, die Ostdeutschland zu besuchen beabsichtigen, Gelegenheit haben müssen, im voraus verantwortliche Mitglieder der SPD zu treffen; sie vermögen unschätzbare Orientierungen über gewisse Aspekte in der ostdeutschen Situation zu vermitteln, die während eines kurzen Besuches, noch dazu für jemanden, der ihn als Gast des kommunistischen Regimes abstattet, wahrscheinlich sehr leicht unbemerkt bleiben.

Ich danke Ihnen, dass Sie in Ihrem Brief die Anstrengungen erwähnen, mit denen sich die Labour Party in der vergangenen Zeit für sozialdemokratische und andere politische Gefangene in Osteuropa einsetzte. Durch ihre Standhaftigkeit angesichts einer dauernden und langen Verfolgung haben diese unglücklichen Genossen ein glänzendes Beispiel für uns alle gegeben. Ich kann Ihnen versichern, dass wir in der Labour Party die heilige Verpflichtung fühlen, alles, was in unserer Macht steht, zu tun, um ihren Leiden ein Ende zu bringen.

Ich möchte diesen Brief nicht schliessen, ohne Ihnen alles Gute für den Wahlkampf zu wünschen.

Mit sozialistischem Gruß,  
Ihr

gez. Hugh Gaitskell

### Unüberhörbare Warnung

sp. Die meisten deutschen Gross- und Mittelstädte tragen noch in ihrem Antlitz die Spuren der Bombenangriffe. Zwölf Jahre Wiederaufbauarbeit waren nicht imstande, sie zu verwischen. Noch viele Jahre werden vergehen, bis sie ganz beseitigt sein werden. Von der Not unserer Städte kündigen die Zahlen über den Wohnungsmangel. Es fehlen immer noch zwei Millionen Wohnungen. Zwar hatte Wohnungsbauminister Preussker bei seiner Amtsübernahme angekündigt, er werde dafür sorgen, dass in einer dritten Legislaturperiode des Bundestages ein Wohnungsbauministerium nicht mehr notwendig sei. Dieses Versprechen erwies sich als ein Windst, auch künftige Regierungen werden sich noch lange Zeit mit drückender Wohnungsnot herumzuschlagen haben.

Inzwischen überschatten neue Sorgen die Oberbürgermeister und Bürgermeister der deutschen Städte. Die Rüstungspolitik der Bundesregierung stellt an die Leistungskraft unserer Gemeinden kaum tragbare Anforderungen. Erinnerung sei nur an die leidigen Massnahmen, die mit dem Luftschutz zusammenhängen. Schon heute hat der soziale Wohnungsbau eine rückläufige Tendenz, müssen die berechtigten Wünsche Hunderttausender von Familien nach einer menschenwürdigen Existenz unberücksichtigt bleiben. Alles Gerede der Bundesregierung, die Wohnungsnot sei nur noch eine befristete Erscheinung, geht an den Tatsachen vorbei. Auch der Wunsch der Regierung, diesen nationalen Notstand ausserhalb des Wahlkampfes zu belassen, lässt sich nicht erfüllen. Was wäre eine Opposition wert, die ihre Augen und ihre Kritik vor einer der drückendsten Seiten der deutschen Nachkriegszeit verschliesse?

Die Städte und jene Persönlichkeiten, die für sie, durch das Vertrauen der Bevölkerung hierzu berufen, Verantwortung tragen, müssen aber auch an die Zukunft denken. Das Wohl der Städte hängt unlösbar mit einer guten Politik zusammen, politische Entscheidungen der Regierungsmehrheit wirken sich zum Guten und zum Schlechten aus. Die Atombombenpolitik der Bundesregierung stellt die Städte vor noch unübersehbare Konsequenzen, droht ihre ganze Arbeit auf lange Sicht gesehen unwirksam zu machen. Deshalb kommt dem Appell des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages mehr als nur der Charakter einer Entschliessung zu. Er ist der Ausdruck grösster Sorge unserer Stadtväter, die nun mit Entsetzen an die Möglichkeit einer Wiederholung der Schrecknisse des letzten Weltkrieges denken. Leidenschaftlich beschwören sie Parlament, Regierungen und Parteien, auf eine allgemeine Abschaffung der atomaren Waffen hinzuwirken und die Stimme Deutschlands im Rat der Völker im Sinne einer allgemeinen Abrüstung zu erheben. Der Städtetag beschwört die Verantwortlichen, die friedliche Anwendung der Kernenergie für den technisch-wirtschaftlichen Fortschritt und für den sozialen Frieden sicherzustellen.

Die deutsche Öffentlichkeit hat allen Anlass, diesen Appell der Stadtväter das Gehör zu schenken, das er angesichts der düsteren Hintergründe unserer allgemeinpolitischen Entwicklung verdient. Hinter ihnen steht die lähmende Gewissheit, dass eine Politik, deren Grundlage Atombomben sind, zu unser aller Verderben ausschlagen muss.

### Das Grosse Glück des Bundesrepublikaners Gerd Hoff

- oder das kleine Pech bei der Wahlpropaganda mit Jochen Höhne

In vielen Lübecker Briefkästen steckte eine hübsche Illustrierte mit dem Titel "Wir alle". Sie soll eigentlich 30 Pfennige kosten, wird aber gratis vergeben. Und wenn man in die Zeitung hineinschaut, weiss man auch weshalb. Das Ding ist nämlich reine Wahlpropaganda, aufgemacht für den Geschmack von Lieschen Müller, mit dem Ziel, Lieschen Müller über unsere Bundesregierung in Entzücken zu versetzen und für Konrad Adenauer wie für Dieter Borsche schwärmen zu lassen. - Wie dieser Versuch in Lübeck wirken wird, entzieht sich unserer Kenntnis. Fest steht allerdings, dass die Bewohner der Lübecker Röntgenstrasse schallend gelacht haben, als sie die Zeitung genauer betrachteten. Und das kam so...

Vorn von der Titelseite strahlt uns das Lächeln eines Mädchens an, dessen Lieblichkeit zwischen Maria Schell und Romy Schneider liegt. Im Innern zeigt uns der Bundeskanzler sein vornehmstes Profil und der Wirtschaftsminister seine siegesicherste Zigarre. Daneben werden uns die Vertreter der Opposition als kümmerlich kleine Würstchen und in drohend roter Umrandung vorgeführt. Und der übrige Teil der Zeitung ist angefüllt mit lebensfrohen und hoffnungsvollen Bundesrepublikanern, mit Arbeitern und Angestellten, unter deren Bildern der volle Namen steht und die mit direkten oder indirekten Worten das Glück preisen, das ihnen unter der derzeitigen Bundesregierung widerfahren ist.

So liest Gerd Hoff...

Auf der vorletzten Seite von "Wir alle" aber passiert nun die Geschichte, von der die Lübecker in der Röntgenstrasse sagen: "Wir haben alle gelacht". Da wird nämlich in vier schönen Aufnahmen der Bundesrepublikaner Gerd Hoff gezeigt. Wazu, Sie kennen Hoff noch nicht? Da ist er doch! Gerd Hoff, mit seinem Töchterchen in der reizend möblierten Wohnung. Gerd Hoff mit seiner bilhöfischen Frau beim Ausschauen eines Baugeländes für das künftige Eigenheim. Gerd Hoff hinter der blitzenden Präzisionsmaschine im Werk, Gerd Hoff, wieder mit seiner Frau, beim Urlaub in den Bergen (Heute schon können Millionen Menschen sich alljährlich eine Urlaubsreise leisten). Und unten links auf der Seite "Unser Ziel", der Himmel auf Erden: eine Photographie von



Minister Erhards Volksaktie... Wenn das Glück des Bundesrepublikaners Gerd Hoff noch nicht ganz perfekt sein sollte - mit der Volksaktie wird es das bestimmt werden!

"Wie die Jungfrau zum Kind"

Beim Betrachten dieser Bilder nun haben sich die Leute in der Röntgenstrasse die Augen gerieben. Gerd Hoff? Das war doch - richtig -, das war doch Herr Höhne, der dpa-Reporter Jochen Höhne, der gleich links um die Ecke wohnt! Und mit dem Töchterchen, das stimmte wohl. Aber das war auch alles, was stimmte. Denn weder ist die Frau auf dem Bild Frau Höhne, noch will sich Herr Höhne ein Eigenheim bauen, er arbeitet in Wirklichkeit auch niemals am Metallschraubstock, war niemals in den abgebildeten Bergen und schießt vorläufig auch nicht nach der Volksaktie.

Befragt, wie das möglich sei, soll Herr Höhne geantwortet haben, er komme zu der Sache wie die Jungfrau zum Kind.

Kontiertes Glück

Und das ist des Rätsels Lösung: Ein Fotograf im Dienste der von der Regierung mit Eifer betriebenen Wahlpropaganda ist überall herumgerannt und hat, sozusagen mit hängender Zunge, "die" deutsche Wohlstandsfamilie gesucht. Und weil das gar nicht einfach war, eine zu finden, hat er sich einen alten Kollegen und ein Fotomodell geschnappt und hat sich mit Fotolinse, Leim und Schere ein Glück zusammengepappt, das die Leser dann womöglich für ernst nennen - allerdings nur, wenn sie nicht in Lübeck in der Röntgenstrasse wohnen.

\* \* \*

---

Verantwortlich: Günter Markscheffel